

Neue Kronzeugen gegen Irans Staatsterrorismus

■ Im „Mykonos“-Prozeß sind zwei ehemalige Geheimdienstmitarbeiter des Iran zur Aussage bereit. Sie gehören zu den „Quellen“ von Exstaatspräsident Bani Sadr

Berlin (taz) – Zwei ehemalige iranische Geheimdienstmitarbeiter könnten zu entscheidenden Belastungszeugen im Berliner „Mykonos“-Verfahren werden. Die beiden Kronzeugen könnten mit ihren Aussagen nicht nur die Regierung in Teheran, sondern auch Bonn's kritischen Dialog endgültig in Bedrängnis bringen. Die Männer gehören zu den „Quellen“, auf die sich der Exstaatspräsident des Iran, Abol Hassan Bani Sadr, bei seiner Anschuldigung beruft, die iranische Staatsführung habe 1992 den Anschlag auf vier kurdisch-iranische Oppositionelle im Re-

staurant „Mykonos“ in Auftrag gegeben. Bani Sadr präzisierte gestern seine bisherigen Aussagen. Dabei besonders brisant: Eine dieser „Quellen“, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des Geheimdienstes Vevak, der mittlerweile ins Ausland geflohen ist, sei „von Beginn an“ über das „Mykonos“-Attentat informiert gewesen. Dieser Informant sei innerhalb des Vevak direkt mit Informationen über Terroraktionen in Berührung gekommen. Die „Quelle“, so Bani Sadr gestern vor Gericht, habe ihm dabei mitgeteilt, daß er den Hauptangeklagten des

„Mykonos“-Verfahrens, den Iraner Kazem Darabi, „gut kenne“. Beide Informanten könnten möglicherweise anhand von Lichtbildvorlagen bezeugen, wer den genauen Treffpunkt der kurdischen Oppositionspolitiker an die Attentäter verraten habe.

Die Informanten sind nach Bekundungen Bani Sadrs zur Aussage vor der Bundesanwaltschaft bereit. Bedingung für ihre Vernehmung sei allerdings absolute Anonymität und das Fernhalten von ausländischen Nachrichtendiensten. Das ist nicht unerfüllbar. Noch während seines gestrigen

Aufenthaltes in Deutschland wollte Bani Sadr mit der Bundesanwaltschaft Schritte über eine Vernehmung der beiden „Quellen“ vereinbaren. Sie müßte unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen und an geheimem Ort stattfinden. Bani Sadr erschien gestern zum drittenmal als Zeuge vor Gericht. Nach seinen ersten Aussage hatte der Iran von der Bundesregierung die Auslieferung des in Paris lebenden Exilpolitikers gefordert. Das Gericht hatte ihm deshalb für die Zeit seines Aufenthaltes explizit freies Geleit zugesichert.

Vera Gaserow

AA000317

DIENSTAG, 6. AUGUST 1996 - SEITE 11

Vernehmung von Mykonos- Zeugen in Teheran

■ **Politiker: Irans Präsident billigte das Attentat**

Die in letzter Minute genehmigte konsularische Vernehmung zweier Zeugen der Verteidigung im Mykonos-Prozeß ist für nächsten Montag in der deutschen Botschaft in Teheran (Iran) geplant. Das teilte das Berliner Kammergericht gestern mit. Die Verteidigung erwartet sich Entlastung für die vier Libanesen und den Iraner, die in Berlin wegen des Attentats auf vier iranische Exilpolitiker im Restaurant „Mykonos“ im September 1992 angeklagt sind. Die Bundesanwaltschaft vermutet die iranische Regierung hinter dem Mordkomplott.

In einer Erklärung des Auswärtigen Amtes heißt es, man lege großen Wert auf die Beteiligung eines Richters und eines Staatsanwalts an der Vernehmung in Iran. Der Vorsitzende Richter Frithjof Kubsch erklärte dagegen, daß kein Richter an der Vernehmung in Teheran teilnehmen werde. Auch die Bundesanwaltschaft blieb bei ihrer Entscheidung, aus Sicherheitsgründen nicht nach Iran zu reisen.

Mehrere Verteidiger sowie ein Anwalt der Nebenklage werden aber dabei sein. Die Zeugenvernehmung war kurz vor dem geplanten Beginn der Plädoyers zustande gekommen, nachdem die iranische Regierung dem Auswärtigen Amt Zustimmung signalisiert hatte.

Nebenklagevertreter Hans-Joachim Ehrig reichte gestern einen Antrag auf Vernehmung des ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Abulhassan Bani Sadr nach. Dieser soll Licht in die Verstrickung von Irans Geheimdienst und Regierung in das Komplott bringen.

Bani Sadr war 1980 zum Staatspräsidenten gewählt und im Juni 1981 von Ayatollah Chomeini gestürzt worden. Er lebt seitdem im Exil in Paris. Bani Sadr verfüge über viele Kontakte nach Iran, erklärte Ehrig. Die Bundesanwaltschaft hatte Bani Sadr im Zusammenhang mit dem deutschen Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstminister Ali Fallahian im Juni befragt. Doch habe der Exilpolitiker erst danach weitere Informationen bekommen, so Ehrig.

So habe Bani Sadr erfahren, daß ein iranischer Geheimagent namens Abulscharif Banihaschemi Kommandeur des Mordkommandos gewesen sein soll. Mit einem libanesischen Reisepaß soll der Mann nach Deutschland gekommen und nach dem Anschlag wieder ausgewandert sein. Der Kommandeur sei enger Vertrauter von Geheimdienstminister Fallahian.

Bani Sadr soll etwa drei Monate vor dem Mykonos-Attentat Informationen aus Kreisen des iranischen Geheimdienstes erhalten haben, daß die Liquidierung des Generalsekretärs der Demokratischen Kurdischen Partei in Iran, Sadegh Charafkandi, angeordnet sei. Der Tötungsplan soll direkt vom iranischen Staatspräsidenten Ali Akbar Haschemi Rafsandschani freigegeben worden sein. Bani Sadr habe diese Informationen an Charafkandi weitergeleitet.

Charafkandi und drei weitere iranische Oppositionelle wurden am 17. September 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“ getötet. Der Prozeß wird am 15. August fortgesetzt.

BM/AP

AA000318